



Ausgabe II / 2018

Augen offen halten und Widerstand leisten!

Für die nächsten sechs Monate sind wir also jetzt Europa. Das Vorsitzland des EU-Rates hat zwar gegenüber der Zeit vor den Lissaboner Verträgen 2009 weitaus geringere Kompetenzen, aber die türkis-blaue Bundesregierung hofft aber dennoch, medial und imagemäßig punkten zu können. Macht und Einfluss innerhalb der EU entsprechen aber trotz aller Präsidentschaft in erster Linie dem Gewicht des jeweiligen Landes innerhalb der EU. Das Vorsitzland präsidiert sämtliche relevanten EU-Gremien und seine Performance hängt sicherlich überwiegend davon ab, wie man sich als vermittelnder Vorsitzender einbringt. Denn zu vermitteln gibt es in Zeiten von Brexit und einem beachtlichen Konfliktpotential bei den „Rest 27“ mehr als genug. Ob Österreich dazu imstande ist, wird man sehen. Zweifel sind jedenfalls angebracht. Die von Bundeskanzler Sebastian Kurz immer wieder angesprochene Brückenbauerfunktion setzt außer dem Willen, zu vermitteln, jedoch auch eine Reihe von politischen, personellen und organisatorischen Fähigkeiten voraus. Und natürlich auch die Akzeptanz jener, die da moderiert und angenähert werden sollen. Und gerade hier hat sich die österreichische Bundesregierung zuletzt nicht besonders „brückenbauend“ erwiesen. In Europa hat sich Österreich als undercover-Agent der Visegrad-Ländern sicherlich nicht als Vermittler positioniert. Der Auftritt des österreichischen Bundeskanzlers als Stargast beim

jüngsten Visegrad-Treffen in Budapest hat zweifellos manche EU-Regierungen einigermaßen indigniert. Die „Vermittlungsbestrebungen“ im Konflikt zwischen CDU und CSU in Sachen Flüchtlingspolitik sind von vielen Beteiligten ebenfalls nicht als neutrale Vermittlung, eher als Spaltungsversuch der beiden deutschen konservativen Regierungsparteien, betrachtet worden. Dass letztlich dann selbst der deutsche Innenminister die gemeinsame Position der „Achse der Willigen“ zugunsten eines Kompromisses mit der Bundeskanzlerin infrage gestellt hat, war auch nicht gerade ein druchschlagender Erfolg von Sebastian Kurz. Ob die CSU nun davon Abstand nehmen wird, Kurz als Wahlkampflokomotive bei den bayrischen Landtagswahlen einzusetzen, wird man sehen. Den Vogel hat der EU-Ratspräsident mit seiner Antrittsrede vor dem Europaparlament in Strassburg abgeschossen: Sieht man von den Sprechern seiner eigenen Parteienfamilie ab, gab es wenig Zustimmung zu den Ankündigungen des Bundeskanzlers. Peinlich geradezu war die Lobesrede der ehemaligen AfD-Abgeordneten Ulrike Trebesius und noch demaskierender die Stellungnahme von Marie Le Pen, welche Kurz und die österreichische Politik als die Hoffnung schlechthin für die EU bezeichnete. Dass sich Ungarn und Italien dem angeschlossen haben, kam weiterhin nicht überraschend – apropos brückenbauende Vermittlerrolle.

Die neue österreichische Nahostpolitik

Es gibt aber auch andere Politikbereiche, in denen sich türkis-blau radikal von jahrzehntelangen Positionen österreichischer Außenpolitik entfernt. Am deutlichsten ist dies zweifellos in der Nahostpolitik. Über die Motive für die demonstrative Annäherung an Israel gibt es unterschiedliche Erklärungsmuster. Besonders eines sticht ins Auge, vor allem auch wegen seiner höchst bedenklichen Motive. Dies hat mit dem nach wie vor in Österreich bestehenden Antisemitismus zu tun. Vor allem der traditionelle, manche nennen ihn auch alten, Antisemitismus ist nach wie vor in Bereichen der österreichischen Gesellschaft existent, welche dem rechten politischen Spektrum zuzuzählen sind. Und deren dominante Kraft ist natürlich die FPÖ. Regelmäßig bekannt werdende antisemitische Vorkommnisse in bzw. um die FPÖ machen daher das vor allem nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ gebetsmühlenartig verbreitete Bekenntnis gegen jegliche Art des Antisemitismus und für die Unterstützung Israels höchst unglaublich. Die erst von Bundeskanzler Kurz gegenüber dem iranischen Präsidenten Rohani besonders hervorgehobene österreichische Ablehnung jeglichen Antisemitismus und Anerkennung des Existenzrechtes Israels muss daher im Hinblick auf die höchst zwiespältige Haltung der FPÖ als Schutzbehauptung interpretiert werden¹. Natürlich spielt hier die islamophobe Haltung der neuen Bundesregierung – frei nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ – auch eine gewichtige Rolle, die leider ebenfalls höchst bedenklich und krisierenswürdig ist. In diesem Zusammenhang möchte ich gleich auf einen ganz wichtigen Beitrag dieses Heftes hinweisen: Der österreichische Islamexperte Farid Hafez befasst sich in seinem Artikel „Vom Antisemitismus zur Inklusion des Judentums?“ mit der Beobachtung, dass der Haltung vieler nationalistischer europäischer Gruppierungen durchaus auch rassistische Motive zugrunde liegen. Wenn man es also etwas überspitzt formulieren darf, so haben viele der neuen Israel-freunde schlicht und einfach das Objekt ihrer Projektionen gewechselt, ihre rassistischen und xenophoben Ideologien haben sie aber weitgehend unverändert beibehalten. Insofern ist also die türkis-blaue Israel- und Nahostpolitik kritisch zu hinterfragen. Dass sich Sebastian Kurz zum Sprecher dieser Politik macht, ist aus der Sicht seiner Regierungskonstellation verständlich, aber durchsichtig und abzulehnen. Denn sie macht nahezu jegliche Kritik an der Politik Israels und seiner internationalen Lobby – und dafür gibt es wahrlich genügend Berechtigung – unmöglich, ja kriminalisiert sie diese fast. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Interview mit Erwin Lanc, Außen-, Innen- und Verkehrsminister in den Regierungen Bruno Kreiskys verweisen, welchem ich den treffenden Titel „Türkis-blau entsorgt Kreisky's Nahostpolitik“ gegeben habe.

In der Welt gibt es – leider – mehr Probleme als Migranten und Moslems!

Dass in der Welt – leider – allzu viele Probleme existieren, denen man mitunter weitaus größere Aufmerksamkeit widmen sollte, als dies die immer mehr kurzfristig und engstirnig

agierenden Populisten und Nationalisten (und diese gibt es bekanntlich nicht nur in Europa) tun, zeigt auch die Liste der in diesem Heft behandelten Themen. Diese reicht weit über den heimischen Tellerrand hinaus. Neben den bereits erwähnten Beiträgen von Erwin Lanc und Farid Hafez sind zu erwähnen: Gabriele Matzner – Italien, Stephanie Fenkart – Ukraine, Kurt Bayer – Wirtschafts- und Finanzpolitik Trumps, Jasmina Rupp – Syrien, Lena Pieber – Flüchtlingspolitik Jordaniens, Günter Spreitzhofer – Sansibar, Wendelin Etmayer über Menschenrechte und Machtpolitik sowie unsere üblichen Kolumnen. In diesem Zusammenhang muss ich die Fans der ausgezeichneten Beiträge von Herbert Strunz zur internationalen Wirtschaft um Nachsicht dafür ersuchen, dass sein Artikel leider dem Umfang dieses Heftes zum Opfer gefallen ist. Im nächsten Heft ist Herbert aber auf jeden Fall wieder vertreten. Besonders hervorheben möchte ich noch zwei weitere Beiträge von Dieter Segert und Christoph Thanei. Angesichts der Beachtung, welche die von Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn gebildete Visegradgruppe in der europäischen, besonders auch in der österreichischen, Politik finden, haben wir beschlossen, diesem Bündnis von vier inzwischen zu EU-Mitgliedern gewordenen Staaten, eine eigene Kurzserie zu widmen. Dieter Segert beschreibt die ganze Gruppe, während Christoph Thanei die Slowakei analysiert. Die Beiträge zu den anderen drei Staaten folgen in unseren nächsten Ausgaben. Zum Abschluss noch eine Information zu einer unüblichen Reihung unserer Beiträge. Sie finden diesmal nicht die Buchrezensionen am Ende des Heftes sondern die Afrika- und Europaseiten, da wir – dank eines Entgegenkommens unserer Druckerei Berger (herzlichen Dank!) – diesmal 16 Seiten vierfarbig gestalten konnten. Leider werden wir ab der nächsten Ausgabe wieder zur üblichen Gestaltung (Umschlag 4c und Kern schwarz/weiß) zurückkehren (müssen), da uns für mehr Farbe einfach das nötige Kapital fehlt.²

Somit hoffe ich, dass unser Sommerheft 2018 genügend interessanten – hoffentlich auch provokanten – Lesestoff bietet, und wünsche unseren Freundinnen und Freunden einen geruh- und erholsamen, aber auch nachdenklich-selbstkritischen Sommer 2018. Die politische Situation Österreichs, Europas und der Welt ist leider nicht dazu angetan, allzu optimistisch in die Zukunft zu blicken. Resignation ist aber trotz allem die falsche Reaktion, Augen offen halten und Widerstand leisten ist die Losung! 

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

¹ In diesem Zusammenhang sei mir ein Zitat aus der „Wiener Zeitung“ (immerhin die offizielle Zeitung der Bundesregierung!) vom 5.7. aus einem Bericht über den Rohani-Besuch gestattet: „Kurz wählte allerdings deutlich schroffere, undiplomatischere Ausdrücke (als BP Van der Bellen Anm. Fritz Edlinger). Er erklärte dem Kampf gegen Antisemitismus und die Unterstützung für Israel zu einem österreichischen „Herzansliegen“... Die Sicherheit Israels ist für uns als Republik Österreich nicht verhandelbar“. Diese Kritik zeigt gut die Schwäche und Unglaubwürdigkeit der Kurz'schen Brückenbauerpolitik auf. Von der Rolle Israels als Besatzungsmacht und den völkerrechtlichen Ansprüchen der Palästinenser, welche von Israel seit Jahrzehnten verletzt werden, ist da keine Rede.

² Durch die ab 15.7. laufende Abowerbeaktion (nähere Details werden in Kürze auf unserer Webseite bekannt gegeben) hoffe ich, möglichst viele neue Abonnentinnen und Abonnenten begrüßen zu können, sodass wir uns bald eine schönere Ausgestaltung von INTERNATIONAL leisten können.